

Anil Shah*

Siedlerkolonialismus in Palästina

Zusammenfassung: Dieser Artikel zeigt anhand von drei Aspekten auf, warum das Konzept Siedlerkolonialismus hilfreich ist, um den Konflikt im historischen Palästina zu verstehen. Erstens ist die siedlerkoloniale Mission des Zionismus in die Konstitution des Staates Israel eingeschrieben. Zweitens ist die israelische Siedlungs- und Besatzungspolitik im Westjordanland und Gaza seit fast 60 Jahren integraler Bestandteil eines großisraelischen Projekts, mit dem das palästinensische Selbstbestimmungsrecht unterminiert wird. Und drittens deutet die jüngste israelische Militäroperation »Eiserne Schwerter« auf die systematische Auslöschung palästinensischer Existenz in Gaza hin.

Schlagwörter: Israel, Genozid, Palästina, Siedlerkolonialismus, Zionismus

Settler Colonialism in Palestine

Abstract: This article draws on three aspects to show why the concept of settler colonialism adds to our understanding of the conflict in historical Palestine. First, the settler-colonial mission of Zionism is inscribed into the constitution of the state of Israel. Secondly, Israeli settlements and occupation of the West Bank and Gaza have been an integral part of materializing a vision of Greater Israel which undermines the Palestinian right to self-determination for almost 60 years. And thirdly, the recent Israeli military operation »Iron Swords« points to the systematic extinction of Palestinian existence in Gaza.

Keywords: Israel, Genocide, Palestine, Settler Colonialism, Zionism

Dieser Artikel skizziert neuere Debatten zum Konzept des Siedlerkolonialismus und diskutiert, inwiefern dieses hilfreich ist, um den historischen und aktuellen Konflikt um Palästina/

Israel zu verstehen. Ausgangspunkt ist die Behauptung von Würdemann (2024: 736), dass ernsthafte Analysen zu Israel als siedlerkolonialem Staat selten sind und der Begriff diffus bleibt. Diese Fest-

* Anil Shah  ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien an der Universität Kassel.

stellung ist erstaunlich, weil sich in den vergangenen Jahren ein interdisziplinäres Forschungsfeld entwickelt hat, das sich genau diesem Thema widmet, und inzwischen auch im deutschsprachigen Raum rezipiert wird (für einen Überblick siehe z.B. Mackert/Pappe 2024). Laut Würdemann (2024) sei es allenfalls sinnvoll, den Begriff auf die historische Entstehung des Staates Israel zu beschränken. Zur Analyse der gegenwärtigen Situation in Palästina/Israel sei der Begriff nicht geeignet, da er ein »Paradigma der Feindschaft« (ebd.: 749) reproduziere und oft zur »ideologischen Rechtfertigung von wahlloser, bisweilen genozidaler Gewalt« (ebd.: 751) beitrage.

Dieser Beitrag fokussiert auf drei Aspekte, die diesen Schlussfolgerungen widersprechen. Erstens ist die siedlerkoloniale Mission des Zionismus in die Konstitution des Staates Israel eingeschrieben und wirkt bis heute fort. Zweitens ist die israelische Siedlungs- und Besatzungspolitik in Ostjerusalem, dem Westjordanland und Gaza seit fast 60 Jahren integraler Bestandteil eines großisraelischen Projekts, das das palästinensische Selbstbestimmungsrecht de facto verunmöglicht. Und drittens deutet die gegenwärtige israelische Militäroperation »Eiserne Schwerter« auf die systematische Auslöschung palästinensischer Existenz in Gaza hin. Alle drei Aspekte eint, dass sie in unterschiedlicher Form die »Logik der Eliminierung [des Indigenen]« ausdrücken, die Patrick Wolfe (2024: 95) als zentrales Kriterium für Siedlerkolonialismus

beschreibt. Vor diesem Hintergrund kommen kritische Gesellschaftsanalysen des Konflikts um Palästina/Israel nicht umhin, sich mit den ideologischen wie materiellen Widersprüchen des Zionismus als siedlerkolonialem Projekt auseinanderzusetzen.

Siedlerkolonialismus: Eine Geschichte ohne Gegenwart?

Obwohl Würdemann (2024) im Titel seines Artikels fragt, ob Israel ein siedlerkolonialer Staat ist, bietet er keine transparenten Kriterien an, anhand derer diese Frage untersucht werden kann. Im Forschungsfeld des Siedlerkolonialismus gelten die Arbeiten von Patrick Wolfe (2016, 2024) als kanonisch. Er unterscheidet Siedlerkolonialismus analytisch von anderen Formen des Kolonialismus und grenzt diesen auch gegenüber dem Begriff des Genozids ab. Ihm zufolge zeichnet sich der Siedlerkolonialismus durch zwei Aspekte aus: »Im negativen Sinne geht es darum, indigene Gesellschaften zu beseitigen; im positiven Sinne darum, auf dem enteigneten Land eine neue koloniale Gesellschaft zu errichten« (Wolfe 2024: 97f.). Dabei betont er, dass die Spezifik des Siedlerkolonialismus nicht auf spektakuläre, einmalige Ereignisse – etwa genozidale Massaker – reduziert werden kann. Vielmehr ist die »Logik der Eliminierung [des Indigenen]« ein »zentrales Organisationsprinzip einer siedlerkolonialen Gesellschaft«, die sich – wie sich anhand der USA, Kanadas oder Australiens zeigen lässt – auch

durch die Aufspaltung von indigenem Gemeindeigentum oder biokulturellen Assimilationsstrategien ausdrücken kann (ebd.: 97f.).

Um zu verstehen, inwiefern Israel als siedlerkolonialer Staat bezeichnet werden kann, ist die Beschäftigung mit dem Zionismus zentral.¹ Dass dieser eine Reaktion auf den in Europa weitverbreiteten Antisemitismus, die reale Erfahrung von Verfolgung, Erniedrigung, Ausgrenzung und Auslöschung jüdischer Gemeinschaften war, ist unstrittig. Allerdings stellt sich die Frage, welche Art der Reaktion der zionistischen Bewegung zugrunde liegt. Statt Antisemitismus als historisch spezifisches und wandelbares gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis zu begreifen, essenzialisiert der Zionismus den Antisemitismus als naturgegeben und verspricht als dessen einzige Lösung, »jenen Zustand zu verändern, in dem Juden als eine Minderheit inmitten von Nichtjuden leben« (Machover/Offenberg 1975: 303). Dieser zunächst säkulare Gedanke sowie der berechtigte Wunsch nach Sicherheit, verbindet sich mit dem biblischen Anspruch auf das historische Palästina, ein Territorium in dem ein neues jüdisches Kollektiv (Yishuv, hebräisch für Siedlung)

1 Es ist wichtig festzuhalten, dass der Zionismus innerhalb der jüdischen Gesellschaften stets umstritten war und sowohl von vielen sozialistischen/kommunistischen Jüdinnen und Juden als auch von Teilen der religiös-orthodoxen Gemeinschaft abgelehnt wird. Ebenso gibt es innerhalb des Zionismus unterschiedliche politische Strömungen (siehe Zuckermann 2024).

herrschen soll (Dana/Jarbawi 2017: 199; Lentini 2016: 39). Der Zionismus entstand ausgehend vom europäischen Judentum und wurde wesentlich durch die Formierung moderner Nationalstaaten, den imperialistischen Expansionsdrang europäischer Mächte sowie das damit zusammenhängende Rassendenken geprägt (Said 1979: 23ff.; Rubin 2024; Wolfe 2016). Folglich zeichnet sich die Bewegung primär dadurch aus, »daß die jüdische Emigration ausschließlich auf eine systematische Kolonisation Palästinas ausgerichtet sein muß, mit dem Ziel, dort einen exklusiv-jüdischen Nationalstaat zu errichten« (Machover/Offenberg 1975: 316). Trotz politischer Differenzen eint dieses übergeordnete Ziel die führenden Köpfe des Zionismus, von Chaim Weizmann über Ze'ev Jabotinsky bis zu David Ben-Gurion.

Der Zionismus erhebt jedoch nicht nur den Anspruch auf ein siedlerkoloniales Projekt. Er war es seit jeher auch in der Praxis. Zentrale Institutionen der zionistischen Bewegung, wie die Jüdische Kolonialbank und die *Palestine Jewish Colonization Association* (PICA), führten ihre Mission unverblümt im Namen und trugen Jahrzehnte vor der offiziellen Gründung des Staates Israel und dem Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland entscheidend dazu bei, dass jüdische Siedler Land kaufen und von der palästinensischen Ökonomie getrennte Infrastruktur, Landwirtschaft und Industrien aufbauen konnten (Khalidi 2024: 20f.; Said 1979: 38f.). Anders als bei den meisten europäischen Kolonialunternehmungen stand

jedoch nicht der Verwertungszwang des Kapitals im Mittelpunkt. Sowohl der von der Jüdischen Kolonialbank organisierte Kapitalexport aus Europa als auch die Investitionen in Landkäufe sowie landwirtschaftliche Entwicklungen in Palästina und die Ausbeutung von Arbeitskraft wurden der Mission des Aufbaus eines exklusiven jüdischen Nationalstaats untergeordnet (Wolfe 2016: 246f.).

So setzte beispielsweise die Politik der »hebräischen Arbeit« auf den strategischen Ausschluss von palästinensischen Arbeiter*innen. Damit, so der jüdische Kommunist Israel Panner, hebelte die organisierte jüdische Arbeiter*innenklasse (*Histadrut*) das gewerkschaftliche Prinzip der Organisierung aller Arbeiter*innen unabhängig von Religion oder Ethnizität aus und ordnete sich der kolonialen Mission des zionistischen Nationalismus unter (Rennap 1942: 83f.). Auch die Landkäufe waren nicht getrieben von den Profitinteressen einzelner Siedler. Vielmehr wurden strategisch zusammenhängende Landstücke von einer Treuhänderin, dem *Jewish National Fund* (JNF), die aus der Jüdischen Kolonialbank hervorging, verwaltet und ausschließlich an jüdische Siedler verpachtet (Wolfe 2016: 248f.). Zwar konnte der JNF innerhalb von kurzer Zeit große Landstücke kaufen, allerdings waren so bis 1947 nur sechs Prozent des Mandatsgebiets Palästina in seinen Besitz gekommen (Said 1979: 38). Für Josef Weitz, Direktor der Abteilung für Land und Wälder beim JNF, und viele andere zionistische Führungs-

figuren war daher schon früh klar, dass strategische Landkäufe allein nicht ausreichen würden, um einen exklusiv jüdischen Nationalstaat im historischen Palästina zu errichten. Im Jahr 1940 schrieb er in sein Tagebuch:

»Unter uns muß es klar sein, daß es in diesem Land für zwei Völker keinen Platz gibt [...]. Gemeinsam mit den Arabern werden wir nicht zu unserem Ziel gelangen, ein selbständiges Volk in diesem kleinen Land zu sein. Die einzige Lösung ist ein Palästina [...] ohne Araber [...] und es gibt keinen anderen Weg als die Araber von hier in die Nachbarländer zu überführen; alle zu überführen, es darf kein Dorf, kein einziger Stamm zurückbleiben [...]« (zitiert in Machover/Offenberg 1975: 320)

Zwischen 1947 und 1948 initiierten zionistische Milizen wie die Haganah, die Irgun und andere eine Reihe von organisierten militärischen Kampagnen, wodurch dreiviertel der eine Million ansässigen Palästinenser*innen vertrieben und 500 Dörfer und Wohnviertel zerstört oder gestohlen und umbenannt wurden (Lentin 2016: 46). Die Vertreibung eines Großteils der palästinensischen Bevölkerung vom heutigen Staatsgebiet Israels wird bis heute als »Nakba« (arabisch für Katastrophe) bezeichnet. Wenn Würdemann (2024: 745) in diesem Zusammenhang von einem »nationalen Konflikt« oder »ethnischen Bürgerkrieg« spricht, so

gerät sowohl die Ursache als auch die Asymmetrie des Konflikts aus dem Blick: Siedlerkolonien geht es immer in erster Linie um die exklusive Hoheit einer gesellschaftlichen Gruppe über ein zusammenhängendes Stück Land. Im Fall des Zionismus geht es primär um das Land vom Jordan bis zum Mittelmeer, wobei liberale Zionisten sich häufig mit geringeren Gebietsansprüchen (z.B. in den Grenzen Israels von 1948) begnügen, während messianische Zionisten, wie der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich, davon träumen, dass *Eretz Israel* sich »bis Damaskus« erstreckt (Sesquin 2024: 13:45–14:17). In jedem Fall ließ bzw. lässt sich jegliche Variante dieser Vision nur *gegen* die Land- und Selbstbestimmungsrechte der ansässigen palästinensische Mehrheitsbevölkerung umsetzen (Said 1979: 29).

Die territorialen und demografischen Dimensionen des Siedlerkolonialismus hängen eng miteinander zusammen und sind wesentliche Bestandteile eines ethnonationalistischen Staates. Bis heute kontrolliert eine staatliche Behörde (*Israel Land Administration*, ILA) 93 Prozent des israelischen Landes, inklusive der Anteile des JNF, der Verkäufe von Eigentum von Palästinenser*innen, die während der Nakba geflohen sind, sowie der Ansprüche der Briten auf Teile des Mandatsgebiets Palästina, die mit der Staatsgründung an Israel übergingen (Plocher 2011). Damit Israel ein »jüdischer Staat« bleibt, können nach dem *Law of Return* (1950) prinzipiell alle jüdischen Menschen weltweit Staatsbürger*innen werden, während dort

ansässige Palästinenser*innen, die im Zuge der Staatsgründung vertrieben wurden, sowie deren Nachfahren keinen äquivalenten Anspruch haben und kein Land von der ILA pachten dürfen (Dana/Jarbawi 2017; Erakat 2017). Die rassistische Ungleichbehandlung zwischen jüdischen Israelis und palästinensischen Arabern ist durch dieses Gesetz und mehrere Dutzend weitere Gesetze in die Verfasstheit des Staates eingeschrieben (Lentin 2016).

Diese Geschichte als abgeschlossen zu betrachten, so als hätte sie nichts mit dem heutigen Staat Israel zu tun, ergibt empirisch daher wenig Sinn. Der Impuls entspricht vielmehr siedlerkolonialen Narrativen: Erfolgreiche siedlerkoloniale Projekte wie die USA, Kanada oder Australien zeichnet gerade aus, dass sie am Ende ihrer Mission behaupten können, keine Siedlerkolonien mehr zu sein, weil die Siedler*innen qua Vertreibung, Aneignung, Auslöschung und Assimilierung der anderen selbst zu Einheimischen geworden sind (Veracini 2024: 59). Zudem endet die territoriale Expansion des Zionismus nicht mit der Staatsgründung Israels.

»Vom Fluss bis zum Meer«: Israels Siedlungs- und Besatzungspolitik

Die anhaltende Besiedlungspolitik erstreckt sich seit mehr als 60 Jahren auch auf die besetzten palästinensischen Gebiete – das Westjordanland, Ostjerusalem und den Gazastreifen –, die Israel im Zuge des Sechstagekrieges im Juni 1967

eroberte. Der israelische Staat finanziert den Ausbau dieser Siedlungen und setzt das eigene Militär jenseits seiner international anerkannten Staatsgrenzen dafür ein, palästinensische Wohnhäuser und Infrastruktur zu zerstören. Trotz verschiedener intensiver Phasen der Besiedlung und unterschiedlicher strategischer Motive von israelischen Regierungen in den letzten Jahrzehnten ist eine übergeordnete Strategie deutlich zu erkennen: Exklusive jüdisch-israelische Siedlungen in den palästinensischen Gebieten schaffen Fakten vor Ort, verschieben die demografischen Verhältnisse, schotten bevölkerungsreiche palästinensische Gegenden voneinander ab, eignen sich lebensnotwendige Ressourcen wie Wasser und kultiviertes Land an und etablieren ein dezentrales Netz, in dem Zivil- und Militärstützpunkte zur effektiven Kontrolle des Landes »vom Fluss bis zum Meer« schwimmen (Dana/Jarbawi 2017: 207ff.; Khalidi 2024; Weizman 2009).

Die Besatzungspolitik ist dabei von einem wesentlichen Widerspruch gekennzeichnet: Wenn Israel die palästinensischen Gebiete rechtlich annektieren würde, müsste es den auf dem Land lebenden Palästinenser*innen auch die Staatsbürgerschaft zusprechen. Dies wiederum würde die Grundlage Israels als einem »jüdischen Staat« gefährden (Wolfe 2016: 276).² Deshalb hat Israel mit Rückendeckung der USA eine spezifische Interpretation der Siedlungs-

und Besatzungspolitik entwickelt, die es quasi legalisiert, »das Land ohne die Menschen in Palästina ein[zu]nehmen« (Erakat 2017: 18). Analog zur Aneignung von Land unter dem *Absentee Property Law* (1950) im Zuge der Staatsgründung Israels ist das israelische Militär befugt, aus Sicherheitsgründen »geschlossene militärische Zonen« einzurichten, in denen Land von der ansässigen palästinensischen Bevölkerung ohne Kompensation angeeignet werden kann (Erakat 2017: 28).

Inzwischen leben mehr als 700.000 jüdisch-israelische Siedler, das heißt zehn Prozent der israelischen Bevölkerung, auf völkerrechtlich illegal besetzten Gebieten (OHCHR 2024a). Das Westjordanland ist in mehr als zwanzig voneinander getrennte Landteile aufgesplittet. Trennungsmauern, Barrieren, Kontrollpunkte sowie militärische Sicherheits- und Sperrzonen regulieren die Mobilität der palästinensischen Bevölkerung und machen deren Anspruch auf ein kohärentes Staatsgebiet faktisch zunichte (Dana/Jarbawi 2017; Erakat 2021; Weizman 2009). Die materielle Realität in Palästina/Israel ist bereits seit mindestens zwei Jahrzehnten eine Ein-Staat-Lösung unter jüdisch-israelischer Vorherrschaft. Israel kontrolliert den überwiegenden Großteil des Landes zwischen Jordan und Mittelmeer, ebenso wie das Grundwasser, den Luftraum, die Mobilität von Arbeitskräften, die Handels- und Finanzpolitik sowie das Melderegister, inklusive der Macht, Pässe und Reise genehmigungen für Palästinenser*in-

² Alle englischsprachigen Zitate wurden vom Autor übersetzt.

nen auszustellen (Dana/Jarbawi 2017: 212; Weizman 2009).

Die rassistische Segregation zwischen der palästinensischen Mehrheitsbevölkerung und der wachsenden Zahl an jüdischen Siedler*innen in den besetzten Gebieten kann nur durch erhebliche staatliche und paramilitärische Gewaltmittel aufrechterhalten werden. Diese umfassen neben regelmäßigen Hausdurchsuchungen, gezielten Angriffen und der Zerstörung von Wohnhäusern auch Masseninhaftierungen ohne Anklage oder Rechtsbeistand, Folter und außergerichtliche Hinrichtungen (Lentin 2016; OHCHR 2024a). Schätzungen der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem (2024: 10) zufolge sind seit 1967 mehr als 800.000 Palästinenser*innen aus dem Westjordanland, Ostjerusalem und dem Gazastreifen inhaftiert worden, was 20 Prozent der gesamten Bevölkerung sowie 40 Prozent aller palästinensischen Männer entspricht. Auch wenn sie sich nicht endgültig vom Land vertreiben lassen, sollen sie mit allen erdenklichen Mitteln unterdrückt und gebrochen werden, etwa durch »[w]illkürliche und extreme Gewalt, Verweigerung der medizinischen Versorgung von Verletzten oder Kranken, Verweigerung von Nahrung und Wasser in überfüllten Zellen« (ebd.: 11).

Gaza: Die Hölle auf Erden

Laut Würdemann (2024: 751) dient das Konzept des Siedlerkolonialismus »oft zur (ideologischen) Rechtfertigung von

wahlloser, bisweilen genozidaler Gewalt. [...] Wer es verabsolutiert, baut oft sogar einen Weg direkt in die Hölle«. Diese Aussage negiert nicht nur historisch gewachsene und real existierende Macht- und Herrschaftsverhältnisse im historischen Palästina. Sie verkehrt diese gar in ihr Gegenteil. Die flächendeckende Bombardierung von Gaza im Namen der israelischen Militäroperation »Eiserne Schwerter«, die mehr als ein Jahr vor Veröffentlichung des Beitrags begann, wird darin überhaupt nicht erwähnt. Dabei reiht sich diese jüngste Militäroperation in eine Reihe von Kriegen gegen Gaza ein (Baumgarten 2021) und kann, in den Worten der UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten Gebiete Palästinas, Francesca Albanese, als »Teil einer langfristig angelegten, systematischen, staatlich organisierten Zwangsvertreibung und Verdrängung der Palästinenser« (Albanese 2024: 2) interpretiert werden. Darauf hinzuweisen, rechtfertigt in keiner Weise die massenhafte Ermordung von israelischen und anderen Zivilist*innen durch die Hamas und weitere bewaffnete palästinensische Gruppen am 7. Oktober 2023. Vielmehr betont es, dass Siedlerkolonialismus immer auch die Möglichkeit des Genozids beinhaltet (Wolfe 2024: 95).

Das Ausmaß der systematischen Auslöschung palästinensischer Existenz in Gaza, das bisweilen mit dem »Recht auf Verteidigung« und der Kriegsführung der Hamas gerechtfertigt wird, ist in der über 100-jährigen Geschichte des Konflikts beispieldlos. Gaza ist bereits

jetzt die Hölle auf Erden für mehr als zwei Millionen Menschen, von denen der überwiegende Großteil Zivilist*innen sind, die meisten gar minderjährig. Bis Ende 2024 haben großflächige Bombardements und andere Aktionen des israelischen Militärs mehr als 45.000 Menschen in Gaza getötet (UN 2024), vermutlich rund 70 Prozent davon Frauen und Kinder (Farge 2024). Diese Zahl spiegelt nur die offiziell ausgestellten Todesurkunden wider und umfasst noch nicht Zehntausende Tote, deren Überreste unter den Trümmern begraben liegen, Menschen, die in Folge von fehlendem Zugang zu Medikamenten für chronische Krankheiten, ausbleibender medizinischer Versorgung für Schwangere/Gebärende, Kälte und Hunger sterben. Die tatsächliche Todeszahl dürfte damit erheblich höher sein. Schätzungen zufolge lag sie bereits im Juli 2024 bei 186.000, das heißt knapp acht Prozent der Bevölkerung von Gaza (Khatib u.a. 2024: 237; siehe auch Jamalud-dine u.a. 2025).

Während die rechtliche Beurteilung, ob Israel nach internationalem Recht einen Völkermord an den Palästinenser*innen begeht, noch aussteht, sind sich führende israelische Holocaust- und Genozidforscher wie Raz Segal (2023), Omer Bartov (2024) und Amos Goldberg (2024) sowie zahlreiche internationale Menschenrechtsorganisationen, die vor Ort arbeiten, aufgrund der vorliegenden Fakten einig. Nach 16-jähriger Belagerung des Gazastreifens waren bereits vor der jüngsten Operation des israelischen Militärs rund 80 Prozent

der Bevölkerung von Gaza abhängig von humanitären Hilfslieferungen, um ihr Überleben einigermaßen zu garantieren (Amnesty International 2024: 32). Entsprechend kam der von zahlreichen israelischen Regierungsmitgliedern, Parlamentarier*innen und hochrangigen Militärs geforderte Entzug lebensnotwendiger Güter für viele einem Todesurteil gleich. In diesem Zusammenhang drückt sich der Genozid in Gaza sowohl in einer gewaltsamen Massenvertreibung als auch in der intentionalen, systematischen und großflächigen Zerstörung von Wohnraum, sozialer Infrastruktur, Landwirtschaft und Ökosystemen sowie des Gesundheits- und Bildungswesens aus (Albanese 2024; Amnesty International 2024; OHCHR 2024b). Laut der Organisation *Ärzte ohne Grenzen*, die mit rund 1.000 Einsatzkräften im Gazastreifen tätig ist, sind »[...] die Anzeichen einer ethnischen Säuberung und der anhaltenden Verwüstung – einschließlich Massentötungen, schwerer physischer und psychischer Verletzungen, Zwangsumsiedlungen und unmöglichen Lebensbedingungen für Palästinenser*innen unter Belagerung und Bombardierung – unbestreitbar.« (Médecins Sans Frontières 2024: 5)

Währenddessen bereiten extrem rechte Israelis die Wiederbesiedlung des nördlichen Gazastreifens vor, und die Vertreibung und Auslöschung von Palästinenser*innen in Gaza und im Westjordanland wird von israelischen Politiker*innen, hochrangigen Militärs und Teilen der Zivilgesellschaft normali-

siert und immer aggressiver eingefordert (Landau 2024; Sokol 2024; Wilkins 2025).

Dekolonisierung

Vor diesem düsteren Hintergrund kommen kritische Gesellschaftsanalysen und linke Perspektiven auf den Konflikt um Palästina/Israel nicht umhin, sich mit den ideologischen wie materiellen Widersprüchen des Zionismus als siedlerkolonialem Projekt auseinanderzusetzen. Dies gilt insbesondere für den deutschen Diskurs, in dem häufig bewusst nicht mehr zwischen berechtigter Kritik am Zionismus einerseits und realem Judenhass sowie antisemitischem Rassismus andererseits unterschieden wird. Stattdessen werden »Israelkritik« und Antisemitismus auf eine Weise vermengt, die insbesondere palästinensische und muslimische Gemeinschaften, internationalistische Linke, kritische Wissenschaft, Kunst, Kultur und Zivilgesellschaft unter den Generalverdacht des Antisemitismus stellt (siehe z.B. Klein 2024). Im Zuge dessen wird der vermeintliche »Anti-Antisemitismus« zu einem »Katalysator der autoritären Wende« (Ullrich 2024).

Der Begriff des Siedlerkolonialismus ist nicht deshalb ein »Generalschlüssel« (Würdemann 2024: 736), weil er alle Facetten des Konflikts beleuchten kann, sondern weil er die ursächliche Dynamik sowie die grundsätzliche Asymmetrie des Konflikts auf den Punkt bringt: Es geht im Kern um die Frage, wer unter welchen Bedingungen die Souveränität über das Land »zwischen

dem Fluss und dem Meer« hat. Die genozidale Gewalt in Gaza mag dabei als besonderes Extrem erscheinen, sie ist aber nicht von anderen historischen Formen der »Logik der Eliminierung [des Indigenen]« (Wolfe 2024: 95) im historischen Palästina zu trennen. Wie Dekolonisierung in diesem Zusammenhang aussehen kann und welche alternativen Gesellschaftsentwürfe für sinnvoll erachtet werden, ist Gegenstand einer breiteren Debatte. Darin sprechen sich manche für eine Ein-Staat-Lösung mit gleichen Rechten für alle aus, andere für bi-nationale oder konföderale Modelle (Bashir/Bushridge 2018; Confino/Goldberg 2024; Karmi 2020). Klar aber ist: Gegenwärtig existiert eine Ein-Staat-Lösung unter jüdisch-israelischer Vorherrschaft, die das Selbstbestimmungsrecht der palästinensischen Bevölkerung negiert und mit der eine Zwei-Staaten-Lösung oder eine andere demokratische Alternative durch ihre Siedlungs- und Besatzungspolitik verunmöglicht wird (Erakat 2017; Khaldi 2024). Deshalb bleibt die Auseinandersetzung mit dem siedlerkolonialen Charakter des Zionismus unerlässlich, heute vielleicht mehr denn je.

Literatur

- Albanese, Fancesca (2024): Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, UN General Assembly A/79/384. URL: <https://documents.un.org/>, Zugriff: 9.1.2025.
- Amnesty International (2024): »You feel like you are Subhuman«. Israel's Genocide Against Palestinians in Gaza. URL: <https://www.amnesty.de/>, Zugriff: 9.1.2025.

- B'Tselem (2024): Welcome to Hell. The Israeli Prison System as a Network of Torture Camps. URL: <https://www.btselem.org/>, Zugriff: 9.1.2025.
- Baumgarten, Helga (2021): Kein Frieden für Palästina: Krieg in Gaza, Besatzung und Widerstand. Wien.
- Bartov, Omer (2024): As a former IDF soldier and historian of genocide, I was deeply disturbed by my recent visit to Israel (13.8.). URL: <https://www.theguardian.com/>, Zugriff: 21.1.2025.
- Bashir, Bashir / Bushridge, Rachel (2018): The Politics of Decolonisation and Bi-Nationalism in Israel/Palestine. In: *Political Studies* 67(2): 388-405. DOI: <https://doi.org/10.1177/0032321718767029>.
- Confino, Alon / Goldberg, Amos (2024): Vom Fluss bis zum Meer gibt es Raum für viele verschiedene Interpretationen. In: *PERIPHERIE* 174/175: 233-241. DOI: <https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i2.06>.
- Dana, Tariq / Jarbawi, Ali (2017): A Century of Settler Colonialism in Palestine. *Brown Journal of International Affairs* 24(1): 197-220.
- Erakat, Noura (2017): Taking the Land without the People: The 1967 Story as Told by the Law. In: *Journal of Palestine Studies* 47(1): 18-38. DOI: <https://doi.org/10.1525/jps.2017.47.1.18>.
- Farge, Emma (2024): Gaza women, children are nearly 70% of verified dead, UN rights office says (8.11.). URL: <https://www.reuters.com/>, Zugriff: 9.1.2025.
- Goldberg, Amos (2024): Genau so sieht Völkermord aus (10.7.). URL: <https://www.jacobin.de/>, Zugriff: 21.1.2025.
- Jamaluddine, Zeina u.a. (2025): Traumatic injury mortality in the Gaza Strip from Oct 7, 2023, to June 2024: a capture-recapture analysis. In: *The Lancet* 0(0). DOI: [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(24\)02678-3](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(24)02678-3).
- Karmi, Ghada (2020): The One-State Solution: An Alternative Vision for Israeli-Palestine Peace. In: *Journal of Palestine Studies* 40(2): 62-76. DOI: <https://doi.org/10.1525/jps.2011.XL.2.62>.
- Khalidi, Rashid (2024): Der hundertjährige Krieg um Palästina. Eine Geschichte von Siedlerkolonialismus und Widerstand. Zürich.
- Khatib, Rasha / McKee, Martin / Yusuf, Salim (2024): Counting the dead in Gaza: difficult but essential. In: *The Lancet* 404(10449): 237-238. DOI: [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(24\)01169-3](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(24)01169-3).
- Klein, Felix (2024): Hierarchien des Hasses (20.2.). URL: <https://www.faz.net/>, Zugriff: 21.1.2025.
- Landau, Idan (2024): Exterminate, expel, resettle: Israel's endgame in northern Gaza (1.11.2024). URL: <https://www.972mag.com/>, Zugriff: 9.1.2025.
- Lentin, Ronit (2016): Palestine/Israel and State Criminality: Exception, Settler Colonialism and Racialization. In: *State Crime Journal* 5(1): 32-50. DOI: <https://doi.org/10.13169/statecrime.5.1.0032>.
- Machover, Moshe / Offenberger, Mario (1975): Der Zionismus und sein Popanz. Eine Antwort an die »linken« Zionisten. In: *PROKLA* 5(19/20/21): 299-327. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v5i19/20/21.1746>.
- Mackert, Jürgen / Pappe, Ilan (2024): Siedlerkolonialismus. Grundlagentexte des Paradigmas und aktuelle Analysen. Baden-Baden. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748934745>.
- Médecins Sans Frontières (2024): Gaza: Life in A Death Trap (19.12.2024). URL: <https://www.msf.org/>, Zugriff: 9.1.2025.
- OHCHR (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights) (2024a): State of Palestine: Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem and in the occupied Syrian Golan Heights. (März 2024). URL: <https://www.ohchr.org/>, Zugriff: 9.1.2025.
- (2024b): UN experts deeply concerned over »scholastizid« in Gaza (18.04.2024). URL: <https://www.ohchr.org/>, Zugriff: 9.1.2025.
- Rennap, Ike (1942): *Antisemitism and the Jewish Question*. London.
- Rubin, Barnett R. (2024): Falsche und andere Erlöser. Was die Befreiungsträume des Zionismus mit dem Kolonialismus zu tun haben – ein Essay zur Debatte. In: *PERIPHERIE* 174/175: 260-276. DOI: <https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i2.09>.

- Plocher, Lyle (2011): Foreigner's guide to property markets: Who owns the land? (3.07.2011): URL: <https://www.jpost.com/>, Zugriff: 9.1.2025.
- Said, Edward (1979): Zionism from the Standpoint of Its Victims. In: Social Text 1: 7-58. DOI: <https://doi.org/10.2307/466405>.
- Segal, Raz (2023): A Tetbook Case of Genocide (13.10.). URL: <https://jewishcurrents.org/>, Zugriff: 21.1.2025.
- Sesquin, Jérôme (2024): Israel – Extremisten an der Macht. URL: <https://www.arte.tv/>, Zugriff: 9.1.2025.
- Sokol, Sam (2024): Smotrich urges ramping up West Bank, Gaza settlements, pushing Palestinians out (28.10.). URL: <https://www.timesofisrael.com/>, Zugriff: 9.1.2025.
- Ullrich, Peter (2024): Wird ausgerechnet Anti-Antisemitismus zu einem Katalysator der autoritären Wende? In: LuXemburg 2/2024: 100-105.
- UN (2024): Noting more than 45,000 Palestinians have been killed in Gaza, Assistant Secretary-General Tells Security Council ›Ceasefire is long overdue (18.12.2024). URL: <https://press.un.org/>, Zugriff: 9.1.2025.
- Veracini, Lorenzo (2024): Einführung in Settler Colonial Studies. In: Mackert/Pappe (2024): 57-70. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748934745-57>.
- Weizman, Eyal (2009): Sperrzonen. Israels Architektur der Besatzung. Hamburg.
- Wilkins, Brett (2025): Israeli Lawmakers Call for Even More Violent ›Complete Cleansing‹ of North Gaza (5.1.). URL: <https://truthout.org/>, Zugriff: 9.1.2025.
- Wolfe, Patrick (2024): Siedlerkolonialismus und die Eliminierung des Indigenen. In: Mackert/Pappe (2024): 95-134. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748934745-95>.
- (2016): Traces of History: Elementary Structures of Race. London/New York.
- Würdemann, Tom Khaled (2024): Israel als ›siedlerkolonialer‹ Staat? In: PRO-KLA 217 54(4): 735-755. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v54i217.2162>.
- Zuckermann, Moshe (2024): Zionismus. In: PERIPHERIE 174/175: 266-270. DOI: <https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i2.17>.

Z.
ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

2024: Z. 140: Rechtsentwicklung und Linke Z. 139: Autoritärer Kapitalismus
Z. 138: Überausbeutung und globalisierter Kapitalismus Z. 137: Lohnabhängigenbewusstsein (II)

2023: Z. 136: Multiple Krise Z. 135: Rüstungspolitik und MIK Z. 134: Wessen Weltordnung? Globale Kräfteverschiebungen Z. 133: Kapitalismus in Russland

2022: Z. 132: Lohnabhängigenbewusstsein Z. 131: Öffentlichkeit – Medien – Krieg Z. 130: Weltordnungskrieg Z. 129: Globale Warenketten

2021: Z. 128: Geopolitik – Afghanistan Z. 127: Transformationskrise Z. 126: Kritik des Intersektionalismus Z. 125: Gesundheitssystem und Corona-Krise

Z. erscheint vierteljährlich mit je 224-248 Seiten Einzelheft: 10 Euro. Abo: 38 Euro/ermäß. 30 Euro
Bestellung: www.zme-net.de, Postf. 700346, 60553 Frankfurt/M., redaktion@zme-net.de

Z.
ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Nr. 141, März 2025

Kapitalstrategien

Goldberg/Leisewitz/Reusch – **Kapitalstrategien nach der Ampel**/Beiträge von Butterwegge, Fisahn, Garnreiter, Wahl, Biesel/Puder, Reichardt, Ewald-Wehner – **Bilanz der Ampel**/Lütten/Zander – **Gaza im Krieg, Deutschland unter ›Staatsräson‹**/Schneider – **›Staatsräson‹**/Babacan/Höh – **Antipalästinensischer Rassismus**/Amini – **Marx' Kapital in GB und USA (II)**/Schwarz/Lietz – **Wo der Wert gebildet wird**/Pomrehn – **Klimakrise nach Baku**/Piret – **Klassenbewusstsein im 21. Jhrh.**/Schadt – **Digitale Währungen**/Goldberg – **Wider die Gleichgewichtsökonomik**/Zuschriften – Zeitschriftenschau – Berichte – Buchbesprechungen



Thomas Böhm / Kathrin Gerlof /
Stephan Kaufmann /
Sigrun Matthiesen

**Finanzialisierung von
Gesundheit und Pflege**
20 Jahre DRGs und Profite
mit Kranken

2024 – 309 Seiten – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-141-4



Etienne Schneider /
Felix Syrovatka (Hrsg.)

**Politische Ökonomie der
„Zeitenwende“**

Perspektiven der
Regulationstheorie

im Auftrag der AkG

2024 – 282 Seiten – 30,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-688-4

Für Bibliotheken auch als
Ebook-Campuslizenz bestellbar:
eISBN 978-3-98634-162-6



Peter Bescherer / Elettra Griesi /
Jenny Künkel / Gisela Mackenroth (Hrsg.)

**Der Bewegungsraum der
sozialen Frage**

Wo Protest Platz hat und Raum findet

(Raumproduktionen: Theorie und
gesellschaftliche Praxis, Band 44)

2024 – 302 Seiten – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-129-2

auch Open Access

